



MITTAGSPOST

12.11. Ausgabe 15/2021

Fraktion

Auch in dieser Woche findet wieder eine Plenarwoche des Deutschen Bundestages in abgespeckter Form statt. Nur am gestrigen Donnerstag kam das Plenum des Deutschen Bundestages zusammen. Das heißt aber nicht, dass es nichts zutun gibt. Voller Tatendrang befinden wir uns jetzt in der entscheidenden Phase der Koalitionsverhandlungen, welche Mittwoch erstmal einen Zwischenabschluss fanden. Darüber hinaus gilt es natürlich auch das weitere politische Geschehen genau im Blick zu behalten und die politische Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Gerade die Lage an der europäischen Außengrenze zu Belarus besorgt uns. Bisher haben alle Appelle an die belarussische Staatsführung nichts gebracht. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass keine Situation entsteht, die Menschen gefährdet. Gerade mit Blick auf den Winter.

Auch um sich mit solchen Themen auseinanderzusetzen Einsetzung eines Hauptausschusses beschlossen. Ihm kommt eine zentrale Rolle in der „Zeit ohne Regierung“ zu. Alle inhaltlichen Vorlagen und Beratungen zum Gesetzgebungsverfahren gehen durch diesen Ausschuss. Außerdem hat der Hauptausschuss die Möglichkeit öffentliche Anhörungen durchzuführen. Wir als SPD werden als stärkste Fraktion mit 9 Mitgliedern vertreten sein. Ich freue mich sehr, dass die SPD-Bundestagsfraktion beschlossen hat, mich als eines ihrer neun Mitglieder im Hauptausschuss zu benennen. So sehr ich mich geehrt fühle, hoffe ich natürlich auf eine rasche Regierungsbildung. Mit ihr können dann auch wieder die ordentlichen Ausschüsse eingesetzt werden.

Plenum

Unter Leitung der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas wurde die erste Bundestagsitzung nach der Konstituierung eröffnet.

Neben den Formalien zum Einsetzen der vorläufigen Ausschüsse (siehe linke Spalte) standen vor allem die Beratungen zum Infektionsschutzgesetz (siehe Seite 2) im Vordergrund des Beratungsablaufes. Aber auch andere aktuelle Themen bedurften unserer parlamentarischen Aufmerksamkeit:

Durch eine Sonderregelung im Umsatzsteuergesetz werden Landwirte von den Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten im Umsatzsteuerrecht befreit. Als sogenannte „Pauschallandwirte“ schlagen sie auf ihre Leistungen einen besonderen Steuersatz auf, den sogenannten Durchschnittssatz. Er liegt zurzeit bei 10,7 Prozent und muss jetzt auf 9,5 Prozent angepasst werden. Denn laut EU-Recht darf der Durchschnittssatz, der die Landwirte steuerlich entlastet, nicht zu hoch sein. Diese Anpassung wurde jetzt in erster Lesung beraten, weil Ministerin Klöckner dieses Thema wegen der Wahl einfach verschleppt hat. ([Infos hier](#))

Außerdem hat sich der Bundestag mit den steigenden Heizkosten beschäftigt. Klar ist, dass die Entwicklung der Energiepreise auch zu einer sozialen Frage werden kann. Deshalb darf es bei der Energieversorgung keine Alleinabhängigkeit von einzelnen Staaten geben. Auch die künftige Koalition wird hier Antworten finden müssen.

Infektionsschutzgesetz

Nach intensiven Gesprächen in den vergangenen Tagen stellen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP gemeinsam fest, dass die Voraussetzungen für eine erneute Feststellung einer epidemischen Lage nationaler Tragweite insbesondere unter Berücksichtigung des Impffortschritts nicht weiter vorliegen. Dies bedeutet aber eben kein Ende der Pandemie. Das zeigen allein die hohen Inzidenzen schon ziemlich eindrücklich. Deshalb haben wir im Bundestag Änderungen des Infektionsschutzgesetzes beraten. So wollen wir gemeinsam verpflichtende Tests und ein Monitoring auch für die Auffrischungsimpfungen in bestimmten sensiblen Einrichtungen (Pflege) einführen, sowie zielgerichtete Zuschläge für Krankenhäuser, die Covid-Patientinnen und -Patienten versorgen, ermöglichen. Zudem werden wir die Einführung von 3G am Arbeitsplatz und die Rückkehr zu kostenlosen Testmöglichkeiten auf den Weg bringen.

Um weitere Rechtssicherheit für die Bundesländer zu schaffen, wollen wir mit dem von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Gesetzentwurf moderate Maßnahmen wie die Maskenpflicht, 3G/2G-Regelungen oder die Erhebung von Kontaktdaten bis zum 20. März 2022 ermöglichen.

Weiter werden folgende Regelungen verlängert: Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung, Maßnahmen zur Corona-Arbeitsschutzverordnung, Sonderregelungen zum Kinderkrankentagegeld (30 statt 10 Kinderkrankentage bzw. 60 statt 20 Kinderkrankentage für Alleinerziehende), Aussetzung der jährlichen Mindesteinkommensgrenze im Künstlersozialversicherungsgesetz (bis Ende 2022), Sonderregelung zum Entschädigungsanspruch für Eltern von Kindern in Betreuungseinrichtungen, Befugnis für bestimmte Arbeitgeber, Beschäftigtendaten zum COVID-19 Impf- bzw. Serostatus zu verarbeiten.

Darüber hinaus haben sich die „Ampel-Fraktionen“ darauf geeinigt, dass es eine Klarstellungen im Strafgesetzbuch geben soll, um künftig besser gegen Fälschungen und den Missbrauch von Gesundheitszeugnissen, also auch Impfausweisen und Test-Zertifikaten, vorgehen zu können.

Koalitionsverhandlungen

Woche 3 der Koalitionsverhandlungen ist nun vorüber. In intensiven Sitzungen unserer Arbeitsgruppe Landwirtschaft & Ernährung haben wir nun erste Resultate an die Hauptverhandlungsrunde weitergegeben. Diese werde jetzt die Ergebnisse aller Arbeitsgruppen auswerten, über strittige Punkte diskutieren und ggf. Nachverhandlungen auf den Weg bringen. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass die Ampelkoalition eine Erfolgsgeschichte werden kann.



Dazu gehören übrigens auch ganz selbstverständlich Meinungsverschiedenheiten. Wichtig ist vor allem ein Vertrauensverhältnis. Dieses hatten wir in unserer Verhandlungsgruppe die ganze Zeit über. So drang zu keiner Zeit irgendwas nach außen. Jetzt wird sich zeigen, wie gut die Ergebnisse der Koalitionäre sind. Weiterhin ist die Wahl von Olaf Scholz als Bundeskanzler in der Woche vom 6. Dezember geplant.

Parteivorsitz

Norbert Walter-Borjans hat in der vergangenen Woche angekündigt bei der Wahl zum SPD-Bundesvorsitzenden am zweiten Dezemberwochenende nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Für diese Entscheidung verdient er größte Anerkennung. Mit dem Wahlsieg am 26. September hat er seine Aufgabe als erfüllt angesehen. Ich freue mich sehr, dass unser Generalsekretär Lars Klingbeil seinen Kandidatur erklärt hat. Diese Veränderung an der Spitze wird der Partei sehr gut tun. Er hat als Generalsekretär bereits bewiesen was er kann!

